

Parteitag

**der SPD Bochum
am 5. November 2012**

Bericht zur Halbzeit der Wahlperiode

Dieter Fleskes

Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, über die Arbeit der Fraktion zu berichten. Die Bilanz zur Halbzeit der Wahlperiode ist Tradition. Jetzt sind - seit der Kommunalwahl - etwas mehr als zweieinhalb Jahre vergangen, aber das ist einfach der Terminplanung in diesem Jahr geschuldet.

Ich könnte jetzt eine Liste guter Taten vortragen und riskieren, dass ihr euch langweilt. Wenn ich andererseits von Misserfolgen berichte, nach dem Pressemotto "Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten", heißt es: Die haben ja nichts geschafft. Und da ihr alle wichtige Multiplikatoren seid für sozialdemokratische Politik in dieser Stadt, will ich das nicht riskieren. Ich werde also heute Schlaglichter auf das Erreichte werfen - und das ist nicht wenig. Und ich sage auch deutlich, wo Probleme bestehen und versuche kurz zu skizzieren, welche Aufgaben noch anstehen. Ich habe die Themen zusammengefasst unter 5 Überschriften:

Ein unbequemer Start

Fertig und gelungen

Begonnen und auf gutem Wege

Schwierig, aber lösbar

Blick in die Zukunft.

Ich fange mit dem Positiven an, weil ich dann noch eure ungeteilte Aufmerksamkeit habe. Im übrigen liegt euch allen die Sonderausgabe der Fraktionszeitschrift "Willy-Brandt-Platz" vor, darin ist noch eine Menge mehr nachzulesen.

Neu in dieser Wahlperiode ist - das nur vorab - die intensivere Einbindung der Partei in die Fraktionsarbeit. Wir haben alle in den verschiedenen Ausschüssen zu wählenden sachkundigen Bürger und Einwohner in Abstimmung mit der Partei besetzt, mit jungen Leuten, besetzt. Damit hat die Fraktion sich stärker geöffnet. Nach den bisherigen Erfahrungen kann ich sagen: es war eine gute Entscheidung, das sollten wir fortsetzen.

(1) Der Start in die Wahlperiode war unbequem für alle Beteiligten, vor allem aber für die neuen Fraktionsmitglieder. Wer dachte, sich frisch ans Werk begeben zu können, um das Wahlprogramm umzusetzen, sah sich vor einer ganz anderen Aufgabe: Ohne die geringste Zeit der Eingewöhnung ging es darum, aus dem Stand 100 Mio. Euro im städtischen Etat dauerhaft einzusparen.

Haushaltskonsolidierung lautete die Überschrift für alles was Kommunalpolitik betraf. Ihr erinnert euch: Mitte 2009 spitzte sich die Finanzsituation und die Auseinandersetzung mit dem CDU-Regierungspräsidenten Helmut Diegel zu. In völlig unangemessenem Ton schrieb er in die Haushaltsverfügung, in der er die Genehmigung verwehrte: *„Die Kommunalaufsicht sieht nicht tatenlos zu, wie Bochum seine Finanzrücklagen verfrühstückt“*. Gemeint war der zwangsläufige Verzehr der Haushaltsrücklage und des vorhandenen Eigenkapitals, der Weg in die Überschuldung bei einem jährlichen Defizit von 150 Mio. Euro. Übrigens: das Problem fast aller Kommunen, insbesondere im Ruhrgebiet.

Zu gern hätte die CDU gesehen, dass wir eine Liste grausamer Einsparungen aufstellen und damit in den Wahlkampf ziehen. Wir haben es abgelehnt, dass ein Rat drei Monate vor Ende seiner Wahlzeit so weitreichende Entscheidungen trifft, die er dann anschließend gar nicht mehr verantwortet. Der neue Rat musste sich gleichwohl dieser Herausforderung stellen und in sehr kurzer Zeit ein Haushaltssicherungskonzept verabschieden. Einsparungen in Höhe von 106 Mio. Euro waren das. Gnade fand unser Sparkonzept vor den Augen der Kommunalaufsicht trotzdem nicht.

Zum Glück bescherte uns die Landtagswahl 2010 das Ende der schwarz-gelben Landesregierung und die Ablösung des CDU-Regierungspräsidenten Diegel durch den Sozialdemokraten Gerd Bollermann. Damit änderte sich zwar nicht unsere Finanzsituation, aber der Umgang miteinander. In einem Modellprojekt haben wir gemeinsam mit der Bezirksregierung bis Ende 2010 ein neues Haushaltssicherungskonzept erarbeitet, in dem noch einmal gut 60 Mio. Euro einzusparen sind, allerdings erst bis 2022. Die damit gesetzten Vorgaben müssen unter jährlicher Kontrolle in unseren Haushaltsberatungen eingehalten werden!

Damit haben wir unser vorrangiges Ziel erreicht: kurzfristig das

Nothaushaltsrecht zu beenden, befreit von der Fessel des Paragraphen 82, der bei Nichtgenehmigung des Haushaltes gilt und jede freiwillige Ausgabe verbietet. Und langfristig eine zukunftsfähige Finanzgrundlage zu schaffen, um in diese Stadt wieder investieren zu können.

Bei Einhaltung der Vorgaben unsererseits - und einer Finanz- und Wirtschaftsstabilität international - wäre der Bochumer Haushalt in zehn Jahren ausgeglichen.

Sparen erfordert Kreativität, aber nicht alles lässt sich, wie gewünscht umsetzen. Die Bettensteuer beispielsweise sollte nur einen kleinen Teil von dem zurücknehmen, was die FDP den Hoteliers mit der Mehrwertsteuersenkung geschenkt hat. Wir haben es versucht. Aber die erhofften 1,3 Mio. Euro kommen nach dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig Urteil dabei nicht rein.

Wir sind bei der Umsetzung von Einsparungen auch auf die Sensibilität der Verwaltung angewiesen. Wir wissen, wenn Mittel gekürzt werden, dann wirkt sich das auf die Aufgabenerfüllung aus. Aber mit ein wenig Flexibilität und Bereitschaft, Dinge neu zu organisieren - Aufgaben anders zu erledigen, muss das Blumenbeet nicht demonstrativ leer bleiben und lässt sich ein Freibad auch an einem heißen Sommertag in den Ferien öffnen. Wir dürfen nicht bei den Dienstleistungen für den Bürger oder den sozialen Leistungen anfangen zu sparen, sondern müssen erst einmal interne Arbeitsstrukturen in der Verwaltung überprüfen.

Ich weiß, dass das Haushaltssicherungskonzept den Abbau vieler Stellen beinhaltet und wir werden mit einem Personalentwicklungskonzept grundsätzliche Überlegungen anstellen müssen, wie wir Personal so einsetzen und planen, dass diese Verwaltung arbeitsfähig bleibt, auch auf längere Sicht. Im Übrigen haben wir trotz aller Einsparungen immer darauf geachtet, dass die Stadt weiter ausbildet. Auch zum nächsten Jahr werden mindestens 45 bis 47 neue Auszubildende ihren Dienst antreten. Das sind wir den Jugendlichen in der Stadt schuldig, aber es ist auch eine Investition in die zukünftige

Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die angesichts der demografischen Entwicklung eines Tages vor großen Nachwuchsproblemen stehen wird.

Aktuell sieht es so aus, dass wir nach 2012 auch für den Etat 2013 von einer Genehmigung ausgehen können. Aber: kein Sparbeschluss ist deshalb entbehrlich. Wir befinden uns gerade in den Beratungen und solange ein Etat immer noch Risiken birgt und unvorhersehbare Ereignisse schnell alle vorherigen Überlegungen zunichte machen, bleibt die Devise: das HSK umsetzen, um den neu gewonnenen Gestaltungsspielraum zu behalten. Wer davon fabuliert, jetzt sei ja wieder die Gelegenheit, die Leine locker zu lassen, hat die Zeichen der Zeit absolut nicht erkannt.

Bei alledem brauchen wir die Unterstützung durch das Land und - anders als bei der schwarz-gelben Vorgängerregierung - erfahren wir sie heute. Ganz besonders auch mit durchsetzungsstarken Bochumer Landtagsabgeordneten. Die Landesregierung hat nicht nur den Zeitraum, innerhalb dessen wir die Finanzen in Ordnung bringen müssen, verlängert und uns damit die Luft verschafft, halbwegs vernünftige Sparkonzepte zu erarbeiten. Sie hat auch Hilfestellungen für die notleidenden Kommunen beschlossen, sei es die Erhöhung der Mittel nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) um 300 Mio. Euro, sei es den Stärkungspakt Stadtfinanzen für bereits überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen mit 660 Mio. Euro. Davon müssen die reicheren Kommunen allerdings 310 Mio. Euro aufbringen. Wir gehören weder zu der ersteren noch zu der zweiten Kategorie, dazu geht es uns - Gott sei Dank - nicht schlecht genug. Wir sind sozusagen "die Reichen unter den Armen".

Eine echte Lösung für die Finanzmisere der Kommunen kann letztlich nur durch eine neue Lastenverteilung auf Bundesebene erreicht werden. Die Finanzausstattung der Kommunen steht in keinem Verhältnis zu den Aufgaben, die sie erfüllen müssen. Das ist die Schieflage, unter der wir leiden. In der Vergangenheit wurde die Stadt immer wieder zu neuen Aufgaben verpflichtet, für die inzwischen jährlich 90 Mio. Euro aufzubringen sind. Von den 340 Mio. Euro, die Bochum bislang als Solidarbeitrag für den Aufbau Ost

geleistet hat, gar nicht zu reden. Hier wird schon lange nicht mehr nach Bedürftigkeit gefördert, sondern nach Himmelsrichtung. Auch diese Mittel hätten uns zur Verbesserung unserer Finanzsituation gut getan.

(2) Die Klage über die Finanznot heißt aber nicht, dass in den letzten drei Jahren nichts passiert ist. Vieles ist fertig geworden und gelungen. Als Gegenmaßnahme zur internationalen Finanzkrise beschloss die damalige schwarz-rote Bundesregierung den so genannten "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes", kurz das Konjunkturpaket II, ein Förderprogramm für kommunale Investitionen. In Bochum wurde in kürzester Zeit ein Investitionsprogramm von 43,75 Mio. Euro aufgestellt. Von Anfang an waren engste Fristen gesetzt: für die Anmeldung von Projekten, für die Durchführung, für die Abrechnung. Das war ein Kraftakt, den die Verwaltung vorbildlich gemeistert hat.

Über 90 Prozent aller Aufträge mit einem Volumen von rund 37,2 Mio. Euro gingen an Unternehmen in Bochum und Umgebung. Das war auch unser Ziel. Es wurden Straßen mit energiesparender Beleuchtung ausgestattet, Flüsterasphalt zur Lärminderung verlegt, Uni-Bad und Rathaus saniert. 81 Maßnahmen insgesamt. Es wurden Kitas, Schulen und Sportanlagen energetisch saniert. Beispiele für die großen Projekte sind die Kita Zechenstraße, das Klaus-Steilmann-Berufskolleg, die Feldsieper Schule. In der Folge werden wir erhebliche Einsparungen bei den Energiekosten erzielen.

(3) Nicht nur beim Konjunkturpaket lag der Schwerpunkt eindeutig bei den Bildungsinvestitionen, gleiches gilt für die städtischen Investitionen insgesamt, auch hier fließt das Geld vorrangig in Schulneubauten und Schulsanierungen. Das waren für die Jahre 2009 bis heute: 105 Mio. Euro. Beispiel: das neue Gymnasium mit 32 Mio. Euro mit seiner beeindruckenden Architektur, gerade fertig und schon preisgekrönt; die Kernsanierung der Hans-Böckler Realschule für über 10 Mio. Euro; die Erich-Kästner-Schule für 22 Mio. Euro; die Hauptschule Wattenscheid für 13 Mio. Euro oder die energetische Sanierung der Grundschule Maarbrücke für 1,3 Mio. Euro. Hinzu kommen zahlreiche Um- und

Neubauten für den Offenen Ganzttag.

Wir tun alles, um die Lernbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler weiter zu verbessern. Wir investieren in Ausstattung und Gebäude, aber wir müssen dabei auch die demografische Entwicklung einbeziehen. Ich komme darauf zurück.

(4) Investiert wurde auch in die Kultur: im und um das Kulturhauptstadtjahr herum ist viel Neues entstanden oder angestoßen worden. Ich erinnere an die beeindruckenden Großveranstaltungen: Die autofreie A 40, das war schon ein Erlebnis; die Schachtzeichen, an denen auch viele Ortsvereine beteiligt waren; der Day of Song, der in diesem Jahr eine Neuauflage erfahren hat. 5500 Veranstaltungen mit über zehn Mio. Besucherinnen und Besuchern, besser konnte das Ruhrgebiet nicht zeigen, wie Kultur eine alte Industrieregion verwandeln kann.

Uns kam es darauf an, dass Impulse und Veränderungen, die von der Kulturhauptstadt ausgegangen sind, nicht irgendwo versickern. Das ist zu einem guten Teil erreicht. Kooperationen, Vernetzungen und die gemeinsame Darstellung als Kulturregion ist gesichert, finanziell und organisatorisch. Aktuell haben wir gerade die regional abgestimmte Weiterentwicklung der Kreativquartiere beschlossen (*ecce*). Für Bochum geht es dabei konkret um neue Impulse für das *ViktoriaQuartier*, das *Quartier Campus Zeche Springorum* und für *Lothringen*.

Was natürlich dauerhaft bleibt, sind so großartige Investitionen wie die sanierte Museumsfassade, der Neubau des Bergbaumuseums, aber auch die neue Technik im Planetarium. Vor zwei Jahren wurde für 3 Mio. Euro die Fulldome Technik installiert. Der Erfolg blieb nicht aus: die Veranstaltungen sind attraktiver, die Besucher zahlreicher, über 200.000 waren es im letzten Jahr. Das verbessert natürlich auch den Kostendeckungsgrad einer Einrichtung, was dem Haushalt nicht schadet. An einem so großen Erfolg hat natürlich nicht nur die Technik, sondern auch das Engagement des Teams seinen Anteil. Geht einfach mal hin!

Das empfehle ich euch auch und unbedingt für den Schlosspark - oder besser

Kunstparks-Weitmar. Was hier in Gemeinschaft von Stadt, Land und Stiftung entstanden ist, ist einmalig: Kunst - Natur - Erholung in einem; der Kubus, der neuen Raum schafft und zugleich die Ruine gerettet hat. Und schließlich der Park, der mit Hilfe des Landes umgestaltet wurde: ein neuer Teich, neuer Spielplatz, Wassergraben; die Sanierung der Sylvesterkapelle. Über 4,5 Mio. Euro wurden investiert. Das Ergebnis rechtfertigt die Ausgaben.

(5) Liebe Genossinnen und Genossen, es galt noch vor einigen Jahren nicht als Privileg, in Stahlhausen, Griesenbruch oder Goldhamme zu wohnen; das hat sich mit dem Stadtumbau West geändert. Weil die negativen Entwicklungen sich zunehmend verstärkten, wollten wir gegensteuern und haben dieses Gebiet für das Programm Stadtumbau West ausgewählt. Seither sind zwölf Mio. Euro in die Erneuerung dieser Stadtteile geflossen: für Fassadensanierung, Wohnraumsanierungen, neue Spielplätze; neue Platzanlagen - vieles hat sich verändert, und das alles mit intensiver Beteiligung der Anwohner. Jetzt wird noch der Springerplatz umgestaltet und in Stahlhausen und Goldhamme entstehen neue Stadtteilzentren. Wir können stolz sein auf die jetzt sichtbaren Ergebnisse.

Eine ähnliche Verwandlung hat der Stadtumbau in der Hustadt bewirkt, vor allem auch unter Mitwirkung der VBW. Der Umbau läuft noch bis 2015. Und auch hier wurden nicht fertige Planungen übergestülpt, sondern die Anwohner an allen Veränderungen beteiligt.

Der Stadtumbau West ist nicht gerade ein Lieblingskind der schwarz-gelben Bundesregierung. Die Lösung sozialer Probleme steht bei ihr nicht gerade an erster Stelle. Ohne die massiven Proteste der Kommunen - auch der CDU-regierten - wäre die Förderung längst auf ein Minimum heruntergeschraubt worden. Trotzdem ist die Zukunft des Projektes ungewiss. Gleichwohl wissen wir ganz genau, dass wir eigentlich zum Beispiel für Wattenscheid-Mitte ein ähnliches Programm starten müssen. Wenn Wohnumfeld, Wohnqualität, Infrastruktur, Bevölkerungsstruktur erst einmal begonnen haben, sich nachteilig zu entwickeln, dann entsteht schnell eine Abwärtsspirale. Die müssen wir aufhalten. Darin sehe ich unsere sozialdemokratische Verantwortung.

(6) Genossinnen und Genossen, wir haben in unserem Wahlprogramm mehr

Bürgerbeteiligung versprochen und haben das umgesetzt in dem neuen Ausschuss für Anregungen und Beschwerden (AfAB), an dem unsere Oberbürgermeisterin regelmäßig teilnimmt. Mag sein, dass die einen darin nur Mehrarbeit für Politik und Verwaltung sehen. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre kann ich aber sagen, dass dieser Ausschuss ein wichtiges Instrument geworden ist, um Bürgern Gehör zu verschaffen. Das ist nämlich aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger normalerweise nicht ganz so leicht. Ein Anruf irgendwo in der großen Verwaltung bleibt nicht selten ohne Konsequenzen, ein Brief ist schnell mit einer Absage beantwortet, die Fragehalbestunde im Rat oder in Bezirksvertretungen bleibt für viele eine große Hürde.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden garantiert den Bürgern, dass Verwaltung und Politik sich mit ihrem Anliegen auseinandersetzen, dass sie gründlich prüfen und erst nach ausführlicher Befassung und Diskussion zu einem Ergebnis kommen. Natürlich kann der Ausschuss selber immer nur nach Prüfung der Fakten durch die jeweilige Fachverwaltung entscheiden. Das macht ihn aber nicht überflüssig. Er vereinfacht den Weg, sich Gehör zu verschaffen. Das war uns wichtig.

(7) Verkehrsprobleme zu lösen, ist eine Daueraufgabe. Begonnen und auf einem gutem Weg sind eine ganze Reihe von großen und kleineren Bauprojekten, die die Verkehrsinfrastruktur an wichtigen Punkten deutlich verbessern werden: Das 65 Mio. Euro teure Westkreuz als Teil der Bochumer Lösung, das Mitte nächsten Jahres fertig wird. Der Ausbau der Kosterstraße für 8 Mio. Euro, der das alte Nadelöhr zwischen Stiepel und Hattingen beendet und einen durchgehenden Geh- und Radweg erhält, die Baustelle Oskar-Hoffmann Straße - eine Investition von ca 7 Mio. Euro - wird uns sicher noch länger erhalten bleiben. Das gilt auch für den Bau der Querspange, für die letzte Woche der Spatenstich erfolgt ist.

Die Straßenbauprojekte der letzten Jahre gingen immer einher mit dem Ausbau von Radwegen, ob Herner, Dorstener, Wittener oder Hansastrasse. Und das gilt auch für den zweiten Bauabschnitt für die Ortsumgehung Günnigfeld. Insgesamt ist das Radverkehrsnetz also ständig gewachsen. Die straßenbegleitenden Radwege wurden seit 2005 um 30 Prozent verlängert.

Dazu kommen die Bahnstrecken- und Freizeitradwege: zum Beispiel die für 2,7 Mio. Euro ausgebaute Bahnstrecke "Rheinischer Esel" zwischen Langendreer und Witten oder der Springorum-Radweg - der erste Bauabschnitt ist gerade fertig. Man kann immer noch mehr tun, einverstanden, aber dafür brauchen wir ein Mobilitätskonzept, das mehr als nur die Radwege im Auge hat.

(8) Begonnen und auf einem guten Weg ist auch die U-3-Betreuung in unserer Stadt. Statt über einen ideologisch begründeten Unsinn wie das Betreuungsgeld zu reden, bauen wir das Angebot an Betreuungsplätzen aus. 536 Plätze waren es 2005, 1.943 Plätze sind es heute zu Beginn des jetzigen Kindergartenjahres. Ein beachtlicher Ausbau in Rekordzeit! 46 Neu- und Anbaumaßnahmen sind noch konkret geplant.

Nach den aktuellen Planungen erreichen wir im nächsten Jahr eine Bedarfsdeckung von 32 Prozent, wobei wir wissen, dass der Rechtsanspruch damit nicht eingelöst werden kann. Der Bedarf ist in Wirklichkeit größer. Stellt sich die Frage: Kann man Standards senken, um das Ziel zu erreichen? Mein Kollege Hermann Päuser hat sich dazu gegenüber den Kita-Einrichtungen eindeutig geäußert: "Auch künftig muss sich die Gruppenstärke am Wohl der Kinder orientieren und ein Bauvorhaben "light" ohne Berücksichtigung der spezifischen Anforderungen einer Kindertagesstätte darf es nicht geben." Er hat recht. Das ist mit uns nicht zu machen.

Aber: Gesetz ist Gesetz und es gilt ab 2013. Und wer keinen Platz bekommt, klagt gegen die Stadt, auch wenn sie noch so vorbildlich den Ausbau betrieben hat. Ich hoffe, dass Bund und Land die Städte dann nicht im Regen stehen lassen.

(9) Liebe Genossinnen und Genossen, unser Parteivorsitzender Thomas Eiskirch hat den Weggang von Michael Müller, dem Geschäftsführer der EGR, zum Anlass genommen, über neue Strukturen in der Bochumer Wirtschaftsförderung nachzudenken. Manch einer von euch wird denken, wann kommen die damit denn endlich mal zu Potte. Es gab in der Tat in der Vergangenheit schon mehrere Anläufe dazu, aber die perfekte Lösung haben wir noch nicht hinbekommen; es ist aber beileibe nicht so, dass hier nichts

funktioniert, wie es die CDU versucht darzustellen. Allein eine Rechtsformänderung löst noch keine Probleme.

Die Bochumer Wirtschaftsförderung hat auf den Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft gesetzt, und das Wachstumspotential dieser Branche bestätigt, dass das richtig war. Das BioMedizinZentrum und der BioMedizinPark waren richtungsweisende Entscheidungen. Damit war zum Beispiel der Boden bereitet für das 200 Mio. Euro Projekt Gesundheitscampus mit 1000 Arbeitsplätzen. Nur dort, wo nämlich schon Ansätze vorhanden sind, lässt sich etwas weiterentwickeln. Bereits angesiedelt ist auf dem Gesundheitscampus das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen, die das ganze Projekt durchführt; noch in diesem Jahr ist Baubeginn für die Hochschule für Gesundheit, erst vor wenigen Wochen war Grundsteinlegung; weitere Einrichtungen werden zügig folgen: Zum Ende unserer Wahlperiode werden die meisten davon stehen.

Wo wir am Ende der Wahlperiode mit Opel stehen, wage ich nicht vorherzusehen. Erfreulich ist der aktuelle Vorstoß von General Motors und der Landesregierung, in einer lokalen Arbeitsgruppe "Bochum Perspektive 2022" die künftige Nutzung der Opel-Flächen voranzutreiben mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Ich sehe den Vorstoß aber auch als eine positive Wendung in Bezug auf die Frage, ob wir uns mit dem Produktionsstandort Bochum nicht wieder ernsthaft auch nach 2016 beschäftigen können. Ich jedenfalls gehe nicht davon aus, dass es hier an dieser Stelle jetzt einen Abgesang gibt, sondern dass gerade diese Gespräche die Möglichkeit eröffnen, auch über die Fortsetzung der Produktion am Standort Bochum wieder zu reden.

Ich will auch nicht unerwähnt lassen, dass Bochum inzwischen die Federführung für das Netzwerk Geothermie in der Region übernommen hat. Bochum ist Sitz des Internationalen Geothermiezentrums, der Internationalen Gesellschaft für Geothermie und des Geotechnikums. Im Sommer wurde das Energie-Effizienz-Gründerzentrum eröffnet - eine Neun-Mio.-Euro-Investition. Auch im Energiebereich sind die Entwicklungschancen äußerst gut. Ich

behaupte: Wir haben eine gute und erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Trotzdem diskutieren wir über eine Neuorganisation. Man kann Gutes immer auch noch besser machen und deshalb stimme ich Thomas Eiskrich zu, dass wir noch einmal darüber nachdenken, wie Doppelstrukturen - insbesondere zwischen Stadt und Entwicklungsgesellschaft Ruhr (EGR) - vermieden werden können.

(10) Genossinnen und Genossen, große Projekte brauchen Zeit, und Politik braucht manchmal einen langen Atem. Die Erfolgsgeschichte der Innenstadt West ist dafür ein Beispiel. Seit den ersten Workshops zu einer Rahmenplanung sind immerhin 23 Jahre vergangen. Auch in den letzten Jahren sind weitere entscheidende Sanierungsarbeiten fortgesetzt worden. Der kleine Wasserturm ist gerade fertig geworden, aktuell könnt ihr die Baureifmachung des alten Stahlwerkplateaus sehen: 20 Meter über der Alleestraße wird Platz geschaffen für ein neues Gewerbe- und Dienstleistungsgebiet. Die noch anstehenden Investitionen waren Verhandlungssache mit der Landesregierung.

Ihr wisst, dass wir uns für die Übernahme der Jahrhunderthalle entschieden haben. Dafür hat das Land nicht nur die Finanzierung des Umbaus der Marienkirche zugesagt, sondern weitere Investitionen in das Gesamtgelände der Innenstadt West und in die Instandhaltung und Grundsicherung der Halle und der Nebengebäude in Höhe von zehn Mio. Euro. Zugesagt wurde die Nutzung der Halle für die Triennale sowie der Umzug der Kultur Ruhr GmbH nach Bochum. Das Risiko des Hallenbetriebs halte ich für gering, denn die Jahrhunderthalle ist etabliert und gut nachgefragt. Wofür sie überhaupt genutzt wird, liegt dann aber in unserer Hand.

(11) Das Thema Jahrhunderthalle führt unweigerlich zum Projekt Musikzentrum, das wir kurzzeitig schon fast abgeschlossen hatten. Aber nachdem sich mit der Finanzierungsbeteiligung von Land und EU 2010 die Voraussetzungen noch einmal grundlegend geändert haben, wurde der Bau wieder möglich. Den Baubeschluss haben wir dann Anfang 2011 gefasst und daran eine Reihe vorher zu erfüllender Bedingungen geknüpft, insbesondere was die Einhaltung der Kostenbeteiligung der Stadt betrifft. Der Architektenentwurf liegt vor und im Juni haben wir nun bestätigen können, dass alle von uns gestellten Bedingungen erfüllt worden sind.

Ich muss an dieser Stelle nicht mehr begründen, warum das Projekt stadtentwicklungspolitisch so wichtig ist: die Symphoniker erhalten - über 50 Jahre nach dem ersten Baubeschluss - eine Spielstätte; wir bekommen ein Haus der kulturellen Bildung, das auch für die Musikschule von größter Bedeutung ist; wir retten eine Kirche, die stadtbildprägend ist und seit zehn Jahre still liegt, und legen schließlich den wichtigsten Baustein für ein neues Kreativquartier. Bei einer Gesamt-Investition von 33 Mio. Euro, beteiligt sich die Stadt mit 2,4 Mio. Euro - ich denke, wir haben zu Recht alles daran gesetzt, auch mit großer Unterstützung unserer Landtagsabgeordneten - dieses Stück Zukunft für Bochum zu realisieren. So wie wir es den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlprogramm versprochen haben.

Es ist das legitime Recht einer Bürgerinitiative, Unterschriften gegen das Musikzentrum zu sammeln. Auch wenn dies mit sehr zweifelhaften Argumenten geschieht. Es ist aber unlauter, den Bürgerinnen und Bürger zu verschweigen, auf welch wackligen Füßen das Bürgerbegehren rechtlich steht. Im übrigen: Respekt vor der Sammelleistung von knapp 15.000 Unterschriften. Sie stehen aber bei weitem übertroffen von über 20.000 Bürgerinnen und Bürgern, die über 14 Mio. Euro für das Projekt gespendet haben.

(12) Begonnen und auf gutem Weg - das gilt auch für die städtischen Alten- und Pflegeheime. Es gab große Probleme, die sich vor allem in einem Jahr für Jahr wachsenden Defizit niederschlugen. Es war dringend geboten, die Wirtschaftlichkeit der Häuser zu erhöhen. Wir haben deshalb Mitte letzten Jahres die gemeinnützige Gesellschaft Senioreneinrichtungen der Stadt Bochum - SBO - gegründet. Es gab eine lange Diskussion mit den Beschäftigten um ihr neues Beschäftigungsverhältnis, aber wir konnten ihre Befürchtungen um vermeintliche Nachteile ausräumen. Inzwischen haben zwei neu erbaute Häuser ihren Betrieb aufgenommen, sie laufen ausgesprochen gut und haben beste Pflegenoten erhalten. Und dabei geht es nicht nur um Wirtschaftlichkeit, sondern vor allem um die ausgezeichneten Pflegekonzepte. Bei den jetzt noch anstehenden Projekten wird die SBO neue Wege gehen, das heißt sie wird wieder stärker auf den Quartiersbezug in der Seniorenarbeit setzen. Das ist eine gute Entscheidung.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt Vorhaben, die bisher nicht so gelaufen sind, wie wir uns das vorgestellt haben oder die zumindest von schwierigen Diskussionen begleitet werden.

(14) Wir haben versprochen, dass wir uns für ein Sozialticket einsetzen. Denn die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss für alle möglich sein, auch für diejenigen mit sehr geringem Einkommen und Teilhabe setzt Mobilität voraus. Wir haben aber auch gesagt, dass die Kosten nicht auf die Kommunen abgewälzt werden dürfen. Eine faire Lösung ergab sich erst mit der rot-grünen Landesregierung, die das Projekt mit 30 Mio. Euro pro Jahr fördert. Wir haben uns unter diesen Voraussetzungen sofort bereit erklärt, an der Pilotphase teilzunehmen. Das kommunale Problem war gelöst, aber nicht das der Betroffenen. Wer eigentlich nur 15 Euro für die Mobilität einplanen kann, der leistet sich nicht für das Doppelte ein Sozialticket. Es wundert nicht, dass die Nutzerquote bei lediglich sieben Prozent der Berechtigten lag. Nach der Pilotphase wird es nun im nächsten Jahr ein festes Angebot im ganzen VRR-Bereich geben ("Mein Ticket"). Es bleibt ein Unbehagen.

(15) Nicht Unbehagen, aber Ungeduld verbinde ich mit dem Thema "Wohnbaulandkonzept". Vor vier Jahren - 2008 - fiel bereits der Beschluss. Unser Ziel: Wohnraum schaffen für breite Schichten der Bevölkerung, dafür wollten wir städtisches und dann auch privates Bauland zügig aktivieren. Ziel war auch: jungen Familien bei der Bildung von Eigentum zu helfen, deshalb haben wir ein spezielles Förderprogramm beschlossen. Die Mittel dafür und für weitere Erschließungsarbeiten leiteten sich aus dem Wohnbaulandfonds ab. Genau darin lag auch der Grund dafür, warum es nicht so wie erhofft funktionierte. Der Pflichtbeitrag, den wir den Investoren aber verlangten, war zum Teil zu hoch; vor allem dann, wenn auch noch Altlasten zu beseitigen waren.

Die Diskussion um eine Neuausrichtung hat - zugegebenermaßen - lange gedauert. Die Vorstellungen von Fraktion und Verwaltung waren sehr kontrovers. Letztendlich haben wir uns auf eine Modifizierung geeinigt: d. h. bei privaten Flächen überlässt der Eigentümer 20 Prozent der Fläche der Stadt zu günstigen Konditionen. Ich hoffe, dass wir damit zu einer rechtsbeständigen Konstruktion gekommen sind und dass sich die Bauflächen jetzt schneller

vermarkten lassen. Einen Zeitverlust können wir uns nicht mehr leisten. Was geht, wenn alles klappt, seht ihr an der Zillertalstraße: früher bekannt als sozialer Brennpunkt; bald idyllisches Wohnen am Dorneburger Mühlenbach. Die Ausschreibung läuft jetzt gerade. Für alle weiteren Schritte gilt: Die Verwaltung darf nicht nur bunte Broschüren fertigen, sondern muss zügig Baurecht schaffen und die Vermarktung beschleunigen.

(16) Noch eine Baustelle: die Schulentwicklungsplanung. Die Demografische Entwicklung ist ein Fakt: die Schülerzahlen schrumpfen. Aktuell besuchen insgesamt 46.400 Schüler 99 Schulen, das sind zehn Prozent weniger als im Jahr 2000.

Was die Grundschulen betrifft, lernen zum aktuellen Schuljahr 10.970 Kinder an den 50 städtischen Grundschulen. 137 Kinder weniger als im letzten Jahr. 22 Prozent weniger als im Jahr 2000. Das setzt sich so fort: Bis 2017 wird der Rückgang dann 30 Prozent betragen. Niemand wird leugnen, dass Handlungsbedarf besteht. Eine Neuordnung von Standorten ist unausweichlich. Und Ziel dabei ist, nicht viele kleine, sondern starke zukunftsfähige Schulen schaffen.

Das galt auch schon für die weiterführenden Schulen. In diesem Sinne haben die Bochumer beim Bürgerentscheid unseren Beschluss bekräftigt und gesagt: ein neues, bestens ausgestattetes Gymnasium kann gut zwei weniger lebensfähige ersetzen. Jetzt, bei den Grundschulen, reden wir - notgedrungen - wieder über die Aufgabe von Standorten. Darum geht es unter anderem in der Schulentwicklungsplanung, über die der Rat am kommenden Donnerstag zu befinden hat.

Jede betroffene Schule ist aus Sicht der dortigen Schüler, Eltern, Lehrer, des Stadtbezirks oder Ortsvereins - immer die falsche. Jede Schulschließung tut weh. An jeder betroffenen Schule formiert sich - mehr oder weniger stark - Widerstand. Wichtig ist, dass die Debatte sachlich geführt wird.

Ein Beispiel: in Eppendorf - wie überall - sind die Schülerzahlen stark rückläufig, es gibt zwei Schulen; die eine: 1800 Quadratmeter Grundfläche, altes Gebäude, mit kleiner Turnhalle; die andere: 7800 Quadratmeter Grundfläche, neueres Gebäude mit Gymnastikraum, Turnhalle, Lehrschwimmbecken und Sportplatz. Welche hat also mehr Potenzial für eine zukunftsfähige Schule? Nostalgie kann kein Entscheidungskriterium sein.

Die Landesregierung hat zuletzt die Zulassung auch kleinerer Klassen ins Spiel gebracht. Das hat in der ganzen Diskussion eher für Verwirrung gesorgt. Natürlich bleibt das Ziel: wohnungsnaher Grundschulen. Aber auch pädagogisch hochwertige. Wohnortnähe ist in einer Großstadt mit dann weiterhin 50 Schulstandorten gegeben. Anders als auf dem Lande, wo möglicherweise die einzig existierende Schule zur Disposition steht. Wir können das Thema gern anschließend noch diskutieren. Was ich in jedem Fall einfordere, ist die Geschlossenheit der Fraktion in ihrer gesamtstädtischen Verantwortung.

(17) In die Rubrik "schwierige Diskussionen" ordne ich auch die Frage der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner ein. Wir haben zu Beginn der Wahlperiode, anders als in den Jahren zuvor, keinen detaillierten Koalitionsvertrag mit gemeinsamen Zielen und Projekten formuliert. Wir haben zunächst eine Rahmenvereinbarung für die Zusammenarbeit abgeschlossen. Das hat auch ausgereicht, weil es erst einmal ausschließlich um die Haushaltssicherung ging. Zuletzt hat es zunehmend Irritationen und Verstimmungen gegeben.

Eine Koalition funktioniert nur, wenn das Verhältnis von Nachgeben und Sich-durchsetzen ausgewogen ist. Außerdem braucht es Verlässlichkeit bei gemeinsamen Zielen.

Grenzwertig - innerhalb einer Koalition - habe ich deshalb das Verhalten der Grünen im Zusammenhang mit dem Beschluss zum Musikzentrum gesehen. Ein vollmundiges Bekenntnis für dieses Projekt war die eine Seite; Aktivitäten, die es in Frage stellten, die andere. Das war äußerst belastend. Im Koalitionskoordinierungskreis mit unseren Parteispitzen haben wir die Differenzen ausführlich erörtert. Ich hoffe sehr, dass uns weitere Belastungen

in unserem Verhältnis erspart bleiben.

Ich will die Bilanz zur Halbzeit nicht beenden, ohne nicht wenigstens einen Blick in die Zukunft zu werfen. Bis zur nächsten Kommunalwahl sind es noch zwei Jahre. Dafür haben wir ein gehöriges Stück Arbeit vor uns und wir werden uns weiter anstrengen, um den Wählerinnen und Wählern zu zeigen, dass Bochum mit sozialdemokratischer Politik einfach die besten Aussichten hat.

(18) Die Entwicklung der Innenstadt liegt uns immer besonders am Herzen. Sie muss sich weiter behaupten gegenüber den großen Einkaufszentren. Ein Schritt dahin ist das Projekt "Einzelhandels- und Dienstleistungsquartier" auf dem Gelände der jetzigen Justiz. Die Frage stand im Raum: Braucht die Innenstadt noch mehr Geschäfte? Um uns herum werden Einkaufszentren neu gebaut und erweitert, entstehen Factory Outlets - wir müssen dafür sorgen, dass 1. der Ruhrpark die Möglichkeit bekommt attraktiver zu werden und 2. die Innenstadt sich als attraktive Einkaufsstadt behaupten kann. In einem aufwendigen Moderationsverfahren im Dialog mit dem Einzelhandel vor Ort haben wir die Eckpunkte der Planung abgestimmt.

Die ganze Terminplanung hängt davon ab, wie schnell die Justiz das Feld räumt und in den Neubau am Ostring zieht. Der Spatenstich steht kurz bevor. 100 Mio. Euro werden hier investiert, aber vor 2015 ist mit dem Umzug wohl nicht zu rechnen. Abriss und Neubau des Einkaufszentrums gehen dann auch nicht von heute auf morgen. Die Eröffnung wird eher Teil unserer Gesamtbilanz zur nächsten Kommunalwahl 2019. Das mag man - wie die Opposition - kritisieren, aber die Entscheidung über diesen Zeitplan liegt nun mal nicht in unserer Hand.

(19) Genossinnen und Genossen, die Innenstadt ist das eine. Aber ebenso wichtig ist die Lebensqualität in den Stadtteilen. Uns liegt seit Mitte des Jahres der neue Sozialbericht der Stadt vor. Es reicht nicht aus, ihn interessiert zur Kenntnis zu nehmen. Der Bericht weist verschiedene Problemlagen auf und zeigt, in welchen Stadtteilen sie sich häufen. Diesen muss unsere Aufmerksamkeit in ganz besonderer Weise gelten, dann, wenn wir Entscheidung über Investitionen in Infrastruktur treffen.

Wir haben das in den vergangenen Jahren bereits getan mit den Stadtteilen, die vom Stadtumbau West profitieren. Der Sozialbericht bestätigt die Entwicklungsdefizite gerade in diesen Gebieten. Aber er weist weitere benachteiligte Stadtteile auf, um die wir uns - auch ohne die Unterstützung von Bundesprogrammen - kümmern müssen.

(20) Der Sozialbericht widmet sich auch der Lebenssituation der Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt. Er macht deutlich, dass wir nie in unseren Bemühungen um Integration nachlassen dürfen. In Bochum wird seit langem eine intensive Integrationsarbeit geleistet. Seit 2006 die erste Integrationskonferenz stattgefunden hat und 2009 der Rat das Bochumer Integrationskonzept beschlossen hat, ist die Arbeit in diesem Bereich kontinuierlich ausgebaut worden.

Sprachförderung, Schullaufbahnberatung, Bewerbungstraining, ehrenamtliche Hilfsnetzwerke - das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus einer Vielzahl von Projekten in dieser Stadt, die die Integration - insbesondere der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund - fördern. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten erfüllen wir mit dieser Vorarbeit bereits alle Voraussetzungen, um eines der vom Land geförderten Kommunalen Integrationszentren zu werden, bei denen das Thema Bildungschancen im Mittelpunkt steht. Eines der zentralen Themen kommunaler Integrationsarbeit.

Aufgaben stehen noch genügend vor uns. Und damit schließt sich auch der Kreis: Denn ohne eine solide Finanzsituation geht gar nichts mehr. Das haben wir zu Beginn der Wahlperiode erlebt. Darum bitte ich euch um euer Verständnis, wenn die nächsten Sparmaßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept zum Tragen kommen. Nur ein konsolidierter Haushalt gibt uns den Spielraum, Politik gestalten zu können, nach unseren Vorstellungen, nach sozialdemokratischen Vorstellungen.

Wir müssen offen und ehrlich über die vor uns liegenden Belastungen Auskunft geben. Die Fraktion wird sich den Herausforderungen stellen und Partei und Bürgern 2014 sagen, wie es weitergehen kann. Dazu braucht die Fraktion eure

weitere Unterstützung. Fraktion und Fraktionsvorstand werden alles tun, um mit einer sozialdemokratischen Erfolgsbilanz die Wahlperiode abzuschließen und damit die Basis für die Fortsetzung der von der SPD geprägten Politik in unserer Stadt zu legen. Kontinuität und Perspektive für die Zukunft müssen in den nächsten zwei Jahren unser Handeln bestimmen.